

# Sozialdemokrat

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwalt.: Drag II, Kettmühl 15 • Tel. 20795, 31409, Nachdruck. (ab 21 Uhr) • 33858 • Postamt: 57544

12 Jahrgang.

Samstag, 15. Oktober 1932

Nr. 244.

## Es geht um alles! Wahlaufruf der SPD.

Berlin, 14. Oktober. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat einen Aufruf erlassen, in dem es zum Schluß heißt:  
Es geht um alles! Rieder mit der Barockwirtschaft! Kampf der Reaktion und ihren Staatsstreichgehilfen! Vorwärts am 6. November für Demokratie und Sozialismus mit der Eisernen Front unter den Fahnen der Sozialdemokratie!

## Reichsbankpräsident warnt vor Kontingentierungspolitik.

Berlin, 14. Oktober. In einem Berliner Abendblatt wird über einen Brief des Reichsbankpräsidenten Dr. Luder an den Reichskanzler berichtet, den Dr. Luder vor einer Fortführung der Kontingentierungspolitik warnt, weil dadurch die Währungsfrage erschüttert werden könnte.

Hierzu wird dem Conti-Büro an unterrichteter Stelle erklärt: Die Reichsregierung stellt fest, daß über einen internen Briefwechsel keine nähere Auskunft gegeben werden kann. Das eine oder könne festgestellt werden, daß eine Gefährdung der Währung nicht behauptet worden ist und auch nicht vorliegt.

## Kampf um die leitenden Stellen im Völkerbund.

Genf, 14. Oktober. Die Beratungen des Ausschusses über die Reorganisation des Völkerbundsekretariats sind in ein kritisches Stadium eingetreten. Der Deutsche Delegierte hat gestern abends mit aller Entschiedenheit gefordert, daß gemäß dem Resolutionsentwurf fünftig der Grundriss festgelegt wird, daß kein Staat durch mehr als zwei Funktionen unter den obersten Beamten des Sekretariats vertreten sein darf. Der deutsche Vertreter hat mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß Deutschland gegen die ganze Reform stimmen werde, wenn in diesem entscheidenden Punkte der deutschen Forderung nicht Rechnung getragen wird.

## Zuchthaus für Reichsbanner- leute.

Freiburg, 14. Oktober. Das Schöffengericht verurteilte drei Angehörige des Reichsbanners auf Grund der Rotverurteilung wegen politischer Gewalttaten zur Mindeststrafe von je einem Jahr Zuchthaus und zwei der Beihilfe Angehörige zu je einer Woche Gefängnis.

Die fünf Angeklagten waren beschuldigt, einen Nationalsozialisten tätlich angegriffen und dabei verletzt zu haben. Von den Angeklagten wurde geltend gemacht, daß sie den Nationalsozialisten nicht aus politischen Gründen, sondern aus Eifersucht verprügelt hätten. Das Gericht hielt die politischen Gründe aber für gegeben.

## Und noch ein Sondergerichtsurteil

Berlin, 14. Oktober. Das Sondergericht fällt heute im Totschlagsprozeß Schmidt und Genossen, der den Zusammenstoß zwischen Reichsbannerleuten und Nationalsozialisten am 10. Juli in Bornick bei Rauen behandelt, folgendes Urteil: Von den fünf angeklagten Reichsbannerleuten wurde der Behälter Galle freigesprochen, der jugendliche Schmidt wurde zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, der Alenpner Reichmann zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Außerdem wurde den 5. von ausserlegt, an die zwei verurteilten Nationalsozialisten je 1000, an den dritten verurteilten Nationalsozialisten 500 Mark Buße zu zahlen. Der Händler Helmuth Boh erhielt neun Monate, der Bauunternehmer Bachmann sechs Monate Gefängnis. Die beiden nationalsozialistischen Angeklagten wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

## Harzburger unter sich.

Hamburg, 14. Oktober. In der vergangenen Nacht kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung heimkehrten, und Angehörigen des Stahlhelm zu Zusammenstößen. Hierbei fielen mehrere Repolververletzungen. Zwei Stahlhelmmangehörige, der Korvettenkapitän a. D. Lauenstein und der 22jährige Heinz Wolf, wurden durch Messerliche Schwere verletzt, ein dritter Angehöriger des Stahlhelm erlitt eine leichtere Wundenverletzung. Ein Nationalsozialist, bei dem eine Browningpistole mit leerem Rahmen beschlagnahmt werden konnte, wurde festgenommen.

## Eröffnung der Herbstsession am 20. Oktober.

Vor allem muß der Mieterschutz verabschiedet werden.

Prag, 14. Oktober. Der Präsident der Republik hat heute vormittags zunächst den amtierenden Stellvertreter des Ministerpräsidenten Pechus und dann den Finanzminister Dr. Trapl empfangen. Am Nachmittag erließ der Präsident zwei Handschriften, durch die die Frühjahrssession der Nationalversammlung mit heutigem Tage als beendet erklärt wird und beide Häuser zur Eröffnung der ordentlichen Herbstsession für den 20. Oktober einberufen werden.

Das Präsidium des Abgeordnetenhauses beschloß daraufhin, die erste Menarsitzung am Donnerstag für 3 Uhr nachmittags anzuberaumen.

Auf der Tagesordnung steht ein Grenzvertrag mit Rumänien, der als Verfassungsgesetz der qualifizierten Mehrheit bedarf, und die zweite Lesung des Antrages Becka-Prozil auf Erweiterung des Betriebsratengesetzes auf Staropavurhland.

In dieser Sitzung wird auch die Regierungsvorlage über die Verlängerung der Wohnungsgesetze bis 31. März 1933 auf-

gelegt und den Ausschüssen zugewiesen werden. Die Debatte im Plenum soll darüber am 24. und 25. d. M. abgeführt werden, während der Senat die Wohnungsvorlage dann am 26. und 27. d. M. erledigen soll.

Ueber die Vorlage des Budgets, beziehungsweise des nun wohl schon unausweichlichen Budgetprovisoriums für einige Monate konnten noch keine Dispositionen getroffen werden. Vor November wird damit nicht mehr gerechnet.

Die Aussprache des Präsidenten mit den Führern der Koalitionsparteien wurde heute nachmittags durch eine Besprechung mit Konfigore Stramel eröffnet. Für morgen ist der Empfang des Vorsitzenden der tschechischen Sozialdemokratie Damp in Aussicht genommen. Am Montag wird beim Präsidenten für die tschechische Agrarpartei der amtierende Bizepräsident Stanek, der ewige Ministerkandidat, erscheinen, der sich dem Vernehmen nach nun auch schon mit dem ruhigeren und sichereren Posten des Kommerzpräsidenten „begnügen“ würde, falls Malypetr wider Willen doch die Nachfolge Udrzals übernehmen müßte.

## Die Angst vor den 140.000 Polizisten.

Französischer Vorstoß gegen Deutschland.

Genf, 14. Oktober. Im Unteranschuß für die militärischen Effektivbestände wies der französische Delegierte Rastigli auf die Komplexität der Einbeziehung der sogenannten „überabhebaren Elemente“ der Armee in Deutschland, nicht nur der 100.000 Mann Landarmee, sondern auch der Mannschaft der Polizeiorganisation hin. Die Staatspolizei in Deutschland umfasse 140.000 Mann. Sie sei militärisch ausgerüstet, nehme an Übungen mit-

tärischen Charakters teil und halte Manöver mit rein militärischen Annahmen ab. Rastigli legte Photographien vor, auf denen die deutsche Staatspolizei mit Maschinengewehren abgebildet ist, und verlangte, daß bei der Festlegung der Höhe der Effektivbestände nach dem Hoover-Plan auch die Polizei in Deutschland berücksichtigt werde, wenn nicht die ganze Polizei, so wenigstens die Staatspolizei.

## Berlin: Gegen auswärtige Gegner unverwendbar.

Diesem Vorstoß begegnet das offiziöse Berliner Contibüro mit dem Hinweis, daß von den 140.000 Mann 35.000 kommunale Polizeibeamte seien und von dem Rest ein Drittel für den Bürodienst verwendet werde. Eine Kasernierung komme nur für etwa 350 Polizeibereitschaften in Frage, deren durchschnittliche Stärke 60 bis 100 Beamte umfasse. Zwischen Polizei und

Wehrmacht beständen keine wie immer gearteten dienstlichen oder organisatorischen Beziehungen. Auch von einer militärischen Ausbildung oder Bewaffnung könne nicht die Rede sein.

Die Einstellung einer noch so gut ausgebildeten Polizeimannschaft in das Heer und ihre Verwendung gegen auswärtige Gegner sei eine technische Unmöglichkeit.

## Das Ermessen des Reichspräsidenten.

Montag beginnen in Leipzig die Plädoyers.

Leipzig, 14. Oktober. Im Prozeß Preußen contra Reich wurde heute abends das Kernstück der Verhandlung, die Ermessensfrage, abgeschlossen. Der Vorsitzende ersuchte die Parteien, von Schlussplädoyers abzusehen. Der Vertreter Preußens Dr. Brecht erklärte jedoch, daß er eine kurze zusammenfassende Darstellung für unumgänglich notwendig halte. Daraufhin wurde die Verhandlung auf Montag vormittags vertagt.

Heute ging der Streit der Parteien um die Grenzen der Befugnisse des Reichspräsidenten aus dem Artikel 48 der Verfassung weiter. Während der Vertreter der Reichsregierung auf dem Standpunkt stehen, daß gerade hier dem Ermessen des Reichspräsidenten ein bedeutender Spielraum gegeben sei, folgerte die Gegenseite, daß der Anwendung des Artikels 48 ganz bestimmte Grenzen gezogen seien, die im konkreten Falle von der Reichsregierung mißachtet worden seien. Hierzu gehöre auch der Artikel 17 der Verfassung, nach dem eine Landesregierung zum organischen Minimum eines Landes gehöre. Der betretene Reichskommissar dürfe keine Anordnungen erlassen, die sich auf etwas anderes als auf die Wiederherstellung der Ruhe und Ordnung beziehen.

Dr. Gottheimer beantwortete dann für die Reichsregierung die gestrige Frage des Vorsitzenden nach der Dauer der kommissarischen Regierung in Preußen. Die Reichsregierung wüßte ein möglichst rasches Zustandekommen einer handlungsfähigen preussischen Staatsregierung, um das Reichskommissariat dann

aufheben zu können. Voraussetzung sei eine regierungsfähige Wehrheit im Landtag.

Dr. Brecht erklärte, daraus gebe mit aller Deutlichkeit hervor, daß das Vorgehen gegen Preußen kein vorübergehendes sei, sondern daß es sich dabei um die endgültige Absehung der preussischen Minister handle.

Weiter bestritten die Vertreter der Länder die Befugnis des Reichskommissars, Beamten zu ernennen, beziehungsweise zu entlassen. Es wurde angeführt, daß kurz nach dem 30. Juli ein Mitglied des Reichswehrministeriums im preussischen Innenministerium erschienen sei mit einer im Reichsmehrminislerium (!!) aufgestellten Liste von Beamten, deren Abhebung zu beschließen sei.

Es folgt dann eine Aussprache über die gerichtliche Nachprüfbarkeit der Maßnahmen, die durch Artikel 48 eingeleitet wurden. Die Reichsregierung will eine Nachprüfbarkeit nicht gelten lassen, was von den Ländern jedoch bestritten wird.

Dr. Brecht erklärte, die Bestimmung vom 20. Juli müsse aufgehoben werden. Dann könne man sehen, was man aus dem Artikel 48 sonst machen könne, durch Einsetzung eines Kommissars für die Polizei usw. Er stellt schließlich das Verlangen nach Lobung einiger Zeugen aus der Umgebung des Reichskanzlers in Aussicht, die darüber auszusagen sollen, daß der Reichskanzler sich wiederholt geäußert habe, daß er mit Rücksicht auf die der SPDAB eröffneten Ausschließen Maßnahmen hinsichtlich der preussischen Regierung treffen müsse.

## Polemik gegen den Sozialismus.

In der „Sudetendeutschen Tageszeitung“ verbreitet sich ein Herr Dr. A. Schm. über das Thema „Bürgertum und Sozialismus“. Da der Kuffas, der wohl an der privatkapitalistischen Gesellschaftsordnung einige kleine Schönheitsfehler zugibt, im allgemeinen aber die Vorteile des Kapitalismus auch für den Arbeiter gegenüber einer sozialistischen Neuordnung der Gesellschaft herauszustreichen sucht, wird er von der Schriftleiterpresse in der Provinz mehrfach nachgedruckt, offenbar weil deren Erzeuger glauben, damit einen besonders wirksamen Schlag gegen die Sozialdemokratie gefunden zu haben. Der Artikel zeichnet sich mehrfach durch eine Vernebelung gewisser Tatsachen aus, von der man nicht weiß, ob sie auf eine natürliche oder beabsichtigte Konfusion und auf träge Unwissenheit zurückzuführen ist. Wenn der anonym bleiben wollende Verfasser beispielsweise von der „neuen Regierung im kommunistischen Spanien“ faselt, so bleibt einem nur die Wahl, in ihm einen politischen Analphabeten zu sehen, oder anzunehmen, daß er seine Feder für solche Analphabeten hält.

Herr Dr. A. Schm. holt aber auch zu einer sojuzalen „jachtigen“ Verteidigung des Kapitalismus und Widerlegung des Sozialismus aus und nur darum lohnt es sich, etwas näher auf seine Argumente einzugehen. Der Sozialismus habe das Bürgertum zum Ziel, behauptet er, dabei wisse heute niemand zu sagen, wer eigentlich noch „Bürger“ sei. Es sei eine so verkehrte Welt, daß man mit Straßentütel oft mehr verdienen kann, als durch ehrliche Arbeit. Vor allem ist es von Dr. Schm. recht unvorsichtig, diese Feststellung zu machen, da er doch darauf ausgeht, für den Kapitalismus eine Lanze zu brechen, denn wer anderer ist an der Ausbeutung der Arbeitskraft, an der so leuchtend verliert der ehrlichen Arbeit (Schuld, als eben der Kapitalismus! Was nun die faktische Zugehörigkeit zum Bürgertum, das ist zur bestehenden Klasse, betrifft, so hat Dr. Schm. sicher recht, wenn er meint, daß gar manche Schichten, die sich ideell noch als „Bürger“ fühlen, dies im ökonomischen Sinne längst nicht mehr sind. Das heißt: so klar sagt das der Herr Dr. Schm. nicht heraus, er redet vielmehr recht unklar um den Begriff „Bürger“ herum und hütet sich, zuzugeben, daß es der Kapitalismus ist, der viele, deren halbwegs gesicherte Stellung es ihnen ermöglichte, die Fiktion aufrechtzuerhalten, sich zum „Bürgertum“ zu zählen, ins Proletariat hinabgestoßen hat, die bisher leider nur zum geringen Teile zur Erkenntnis ihrer Klassenlage gelangt sind. Die Stärke der Bourgeoisie besteht ja darin, daß die bürgerlichen Parteien noch immer von den neuproletarischen Schichten der geistigen Arbeiter, der Angestellten und Beamten gestützt werden. Die fortwirkende geistige und politische Mentalität dieser Schichten kann aber über die Tatsache des schmerzvollen Sterbens dieser Klasse ebenso wenig hinwegtäuschen, wie darüber, daß es der Kapitalismus ist, der sie zu Proletariern gemacht hat. Im übrigen kann Herr Dr. Schm. versichert sein, daß die sozialistische Arbeiterschaft zum Unterschied von ihm sich völlig darüber klar ist, welche Schichten zur Bourgeoisie und welche zum Proletariat zugehörig sind.

Beim Versuch, zu beweisen, daß der Sozialismus nichts lauge, begibt sich der deutsche nationale Artikelsschreiber auf ein recht tiefes Niveau. Kommt der Industriearbeiter, so sagt er, einmal wirklich zur Alleinherrschaft, so wird er „folgerichtig“ aus den Fabriken die Maschinen verbannen müssen und nichts wird ihm dann übrig bleiben, als auf den Trümmern der Industrie Sarakiri zu machen. In der Vorstellungswelt des Herrn Dr. Schm.

erscheinen die Arbeiter also als Maschinenarbeiter — oder ist dies nur das billige Märchen eines kapitalistischen Klopffeders? Ihm ist zu sagen, daß die Maschine und aller technische Fortschritt unter der Herrschaft des Kapitalismus allerdings zum Feinde von Millionen arbeitender Menschen geworden ist, denn die Maschine erniedrigt sie zu mechanischen Handlangerdiensten, macht ihre Arbeit eintönig und freudlos und bringt Millionen um ihr Brot, weil sie automatisch die Leistung zahlreicher Menschenhände und Menschenköpfe überflüssig macht. Aber die Arbeiterklasse weiß, daß an den unhaltbaren, aus den arbeitssparenden Maschinen resultierenden Zuständen nicht die Maschine die Schuld trägt, sondern die kapitalistische Produktionsweise und nicht zuletzt auch der bormierte, einseitige Widerstand der Besitzer der Produktionsmittel, die Arbeitszeit der Entwicklung der Technik anzupassen. Den sozialistischen Arbeitern zuzumuten, sie würden Maschinenstürmerei treiben, ist blinder Unsinn. So einseitig sind sie nicht, den wahren Schuldigen an ihrem elenden Schicksal zu übersehen und nicht zu erkennen, daß die Technik in einer sozialistischen Gesellschaft ihrer eigentlichen Aufgabe, der Begleitung der Menschheit, dienen wird. Im übrigen genügt ein Blick auf die heutige Welt, um festzustellen, wer Maschinen stilllegt und Güter in ungeheuren Massen vernichtet, anstatt die Maschinen für die vom Notwendigsten entblöhten Massen Güter produzieren zu lassen und die im Ueberfluß vorhandenen Waren und Lebensmittel den Hungernden und Bedürftigen zuzuführen.

Damit ist eigentlich über den Versuch des Herrn Dr. Schm., die Wirtschaftsweise des Kapitalismus herauszutreiben und sie der Arbeiterschaft schmachtender erscheinen zu lassen, alles gesagt. Diese Wirtschaftsweise, die die menschliche Solidarität verneint, hat besonders im letzten Jahrzehnt ihre Unfähigkeit, Aufbauarbeit zu leisten, ja sogar auch nur den Produktionsapparat in Tätigkeit zu erhalten und den Menschen das primitivste Recht, das Recht auf Arbeit, zu gewähren, aufs furchtbarste dokumentiert. Daß die Kapitalistenklasse Wert darauf legt, ihre Profitinteressen nicht nur durch Lohnabbau, Aussperrungen und Polizeimacht zu schützen, sondern gelegentlich auch „wissenschaftlich“ zu begründen, ist nichts neues mehr. Doch wenn Herr Dr. Schm. als Beweis der Güte der privatkapitalistischen Produktionsweise anführt, es sei doch jedenfalls angenehmer, „vom Proletariat zum Bürger aufzusteigen, als Proletariat zu bleiben“, welches Los ihm nach Dr. Schm. in einer sozialistischen Gesellschaft erbliden würde, so gehört das schon in die Rubrik „Heiteres“. Ebenso wenn er den Namen Fords strapaziert, der durch das Wort, daß er „beinahe“ zur Wahrheit gemacht habe, jeder seiner Arbeiter werde fünf Dollar täglich verdienen, dem Handarbeiter einen glänzenden Ausblick eröffnet habe, als alle sozialistischen Theorien. Den Arbeiter, der täglich fünf Dollar, das sind 165 K, verdient, wolle uns Dr. Schm. zeigen, sei es auch nur in Amerika! Von den „Fords“ bei uns, die sich im Lohnabbau nicht genug tun können, gar nicht zu reden.

Zumindest hat Herr Dr. Schm. den Zeitpunkt zur Verteidigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise schlecht gewählt. Vielleicht ließen sich manche zur Zeit einer Hochkonjunktur, da der Kapitalismus vorübergehend imstande ist, den arbeitenden Menschen das zum Leben Notwendigste zu geben, von seinen Sirenenklängen einschläfern und über das dem Kapitalismus innewohnende Ausbeutungssystem täuschen. Jetzt aber, da sein Bankrott dem blödesten Auge sichtbar wird, da inmitten einer Welt des Ueberflusses Millionen Menschen hungern und ihre Hände feiern lassen müssen, jetzt gehen Versuche, den Fortbestand des Kapitalismus begehrenswert erscheinen zu lassen, in grenzenlosem Nüchternheitslächer unter.

### Frankreichs Staatsangestellte protestieren.

Paris, 14. Oktober. Der Exekutivauschuß der Allgemeinen Föderation der Staatsangestellten hat eine Rundgebung veranstaltet, in der er sich gegen beabsichtigte Herabsetzung der Staatsangestelltengehälter stellt. Der Exekutivauschuß teilt mit, er werde derselben den entschiedensten Widerstand in allen Kreisen und mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln entgegenstellen.

### Oesterreich strebt eine Miliz an

Wien, 14. Oktober. Wie das „Weltblatt“ berichtet, hat die österreichische Regierung schon vor längerer Zeit ihrem Delegierten beim Völkerbunde aufgetragen, den Boden in der Richtung zu sondieren, ob Oesterreich nicht eine Revision des Friedensvertrages von St. Germain erreichen könnte, die es ihm ermöglichen würde, ein Milizsystem nach Schweizer Muster einzuführen.

# Verwaltungskünste der Bürokratie.

## Genosse Pölzl in der böhmischen Landesvertretung.

Prag, 14. Oktober. Beim Budget-Kapitel „Landesvertretung“ unterzog Genosse Pölzl unter Anführung von zahlreichen Beispielen die Methoden der Verwaltungsbürokratie im Landesamt und in den Bezirksämtern der schärfsten Kritik:

In der Landesvertretung wurde schon wiederholt darauf hingewiesen, daß unsere Bezirkshauptleute vielfach die Gesetze nicht kennen oder die Gesetze so auslegen, daß es sich zum Schaden der Gemeinden auswirkt. Ich weiß, daß die Mehrheit der Beamenschaft ihre Pflicht erfüllt und versucht, den unteren Selbstverwaltungskörpern Hilfe zu leisten. Ich weiß natürlich auch, daß nicht alle Forderungen und Wünsche, die an die Bezirke und an das Land gestellt werden, erfüllt werden können, aber

wir können andererseits immer wieder die Tatsache konstatieren, daß den Gemeinden und auch den Bezirken vielfach Schwierigkeiten gemacht werden, nur deswegen weil entweder der betreffende Beamte im Bezirk oder im Lande überhaupt kein Verständnis für die Arbeit in den Gemeinden draußen hat oder aber, weil er die Gesetze und Verordnungen einfach nicht kennt.

Während Gemeindevoranschläge und andere wichtige Angelegenheiten wahre Seidenwege bei den Beamten durchmachen müssen, ist die Landesbehörde bei weniger wichtigen Dingen sehr schnell zur Hand und hat sehr schnell eine Erledigung fertig.

Die Gemeinde Luditz hat einen Polizisten, an dessen Kleidung irgend ein Berichtshalter eines tschechischen Blattes etwas auszufassen hatte. Sie habe alles stark an die altösterreichische Polizei erinnert. Die Landesbehörde hat auf Grund dieses Artikels sofort Erhebungen eingeleitet, ob die Uniform des Gemeindepolizisten tatsächlich der eines österreichischen Feldwebels ähnelte und verlangte, daß der Gemeindepolizist in Uniform photographisch aufgenommen werde, und zwar zur besseren Beurteilung nicht nur von vorne, sondern auch von hinten.

Die Gemeinde hat nun auf Grund dieser Bilder von der Landesbehörde einen Erlaß folgenden Wortlautes bekommen: „Die Uniform der städtischen Sicherheitswache in Luditz mit den Distinktionen eines Feldwebels (Streifen mit 3 Rosetten), mit der schwarzen Kappe und mit dem Dienstfädel . . . im öffentlichen Interesse und zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung das Verbot dieser Uniform . . . Die neue Uniform unterliegt der Genehmigung der politischen Behörde.“ An einer Reihe von weiteren Beispielen demonstrierte Gen. Pölzl die Verwaltungskünste unserer Bürokratie, wobei der Vorsitzende Strom versuchte, ihn zu unterbrechen. Wie die Aufsichtsbehörden arbeiten, zeigt ihr Verhalten auch in nationalen Fragen:

Einige Bezirksvertretungen haben die in der Gemeindevoranschläge beschlossenen Entschlüsse, betreffend die Vorkommnisse in Duz aufgehoben, weil derartige Dinge in den Gemeindevoranschlägen nicht zu besprechen seien. Die Landesbehörde hat diesen Beschluß bestätigt. In diesen Entschlüssen ist gewiß nichts enthalten, was gegen ein Gesetz verstößt wäre. Andererseits konnten wir in der letzten Zeit aus der Presse entnehmen, daß am 29. September 1932 im Ortsteil Inner-Prag ein Entschlüssenstrang angenommen wurde, in welchem gegen die „Germanisierung“ Prags

### Kommunisten zum zweitenmal blamiert.

#### Krach in der Landesvertretung.

Zu einer scharfen Auseinandersetzung zwischen der deutschen und tschechischen sozialdemokratischen Partei einerseits und der kommunistischen Partei andererseits kam es in der gestrigen Sitzung der Landesvertretung während einer Rede des kommunistischen Landesvertreters Volechovsky. Dieser hatte nämlich während seiner Rede behauptet, Genosse Dr. Strauß hätte sich im Budgetauschuß der Landesvertretung

#### für den Abbau der Gehälter der Staatsangestellten

eingesetzt. Genosse Dr. Strauß machte sofort den Zwischenruf, daß dies

#### eine handgreifliche Unwahrheit

sei und daß er sich im Budgetauschuß gar nicht mit den Gehältern der Staatsangestellten befaßt habe. Volechovsky versuchte über die Sache hinwegzugleiten, Genosse Strauß aber bestand darauf, er solle genau angeben, was der sozialdemokratische Vertreter im Budgetauschuß gesagt habe. Als der genannte kommunistische Vertreter daraufhin dem Genossen Strauß die Antwort schuldig blieb, rief Genosse Dr. Strauß, daß Volechovsky die Unwahrheit spreche. Einige Landesvertreter, die zugleich Mitglieder des Budgetauschusses sind, bestätigten, daß Genosse Strauß über die Frage der Staatsbeamtengehälter überhaupt nicht gesprochen habe und bezeichneten es als

#### eines Vertreters in einer öffentlichen Körperschaft unwürdig, solche Unwahrheiten von einer öffentlichen Tribüne herab zu sagen.

Als Volechovsky seine Rede fortsetzen wollte, unterbrachen ihn deutsche und tschechische sozialistische Landesvertreter durch Zwischenrufe und es entstand ein fürchterlicher Krach.

und gegen den Neubau der deutschen Universität in Prag, Protest erhoben werden soll. Man hat bisher noch nicht gehört, daß die Landesbehörde eingeschritten ist.

Ein Beispiel dafür, wie mit Staatsgeldern gewirtschaftet wird: Dem Bezirke Tetschen ist seit mehreren Monaten ein Landesbeamter zugewiesen worden, damit er die Häuser des Bezirkes den neuen Vorschriften des Landes anpasse, obwohl schon im vorigen Jahre ein Beamter dort war. Die Kosten betragen heute mindestens schon 10.000 Kronen.

Der Beamte beschäftigt sich in der Hauptsache damit, Anordnungen des früheren Kontrollbeamten wieder zu befestigen und anstelle der aufgehobenen Maßnahmen andere zu setzen.

Die Bevölkerung, welche vielfach nicht einmal das Notwendigste zum Leben hat, muß hier leben, wie zwedlos Gelder hinausgeworfen werden. Solange hier nicht energisch eingeschritten wird, werden wir immer wieder in der Landesvertretung die Mißgriffe der Bürokratie zur Sprache bringen.

Vor Beginn der heutigen Sitzung beschäftigte sich der Landesauschuß mit der geplanten Anleihe des Landes. Bekanntlich bestand die Absicht, 100 Millionen Kronen für Investitionszwecke aufzunehmen. Diefem Plan widerstrebten sich jedoch das Finanz- und Innenministerium, welche nur eine Anleihe von fünfzig Millionen Kronen bewilligen wollten. Davon sollen die Beiträge des Landes zum staatlichen Meliorationsfonds gedeckt werden, so daß für eigene Investitionen des Landes nichts übrig bliebe. Mit dieser Frage wird sich auch die für Montag einberufene Finanzkommission des Landes beschäftigen. Mit dem Finanzministerium sollen die Verhandlungen in der Richtung geführt werden, daß aus der Anleihe nur die bereits fälligen Raten für den genannten Fonds, ca. 26 Millionen, gezahlt werden, während der Rest für die geplanten Investitionsarbeiten frei bliebe.

Der Finanzreferent des Landes hielt heute sein Schlußwort zur Generaldebatte, worauf neben andern die Anträge des Genossen Dr. Strauß angenommen wurden, welche den Zusammentritt der beim Finanzministerium errichteten Kommission für die Selbstverwaltungsfinanzen und Durchführung sämtlicher im Voranschlag enthaltenen Investitionen im Interesse des Kampfes gegen die Arbeitslosigkeit verlangen.

### Gegen Gehaltskürzung beim Land.

Ferner brachte der Klub zum 1. Kapitel des Budgets folgenden Antrag ein, über welchen voraussichtlich Dienstag abgestimmt werden wird:

Die Landesvertretung erklärt, daß ein Abbau der Gehälter der Landesangestellten und Beamten auf Grund des Paragraphen 212 des Geschäftsgebotes mit Rücksicht auf den Stand der Landesfinanzen nicht notwendig ist. Die Landesvertretung spricht sich daher gegen die Herabsetzung der Gehälter der Landesangestellten aus.

Die Landesvertretung wird ihre Sitzung am Dienstag fortsetzen.

in dem sich der kommunistische Redner nicht verständlich machen konnte. Da Volechovsky nicht deutsch versteht, er also auch die Ausführungen des Genossen Strauß im Budgetauschuß nicht verstehen konnte, fragt man ihn, von wem er die Informationen habe, aber auch da wollte er nichts sagen. Nachdem der kommunistische Redner zu Ende war, meldete sich Genosse Dr. Strauß sofort zu Worte und erklärte die Ausführungen Volechovskys als eine Unwahrheit. Er bedauerte, daß die kommunistischen Vertreter in der Landesvertretung so tief gesunken seien, daß sie derartige Unwahrheiten behaupten und sagte, daß ihnen wohl kein anderes sochliches Argument im Kampfe gegen die Sozialdemokratie zur Verfügung stehe, weshalb sie zu Lügen greifen müssen. Im Verlaufe der Sitzung wurde dann auch an Hand des Protokolles des Budgetauschusses festgestellt, daß Genosse Dr. Strauß im Budgetauschuß zur Frage der Gehälter der Staatsangestellten überhaupt nicht gesprochen hatte.

#### Eine halbe Milliarde für Investitionsarbeiten.

Die mährisch-schlesischen öffentlichen Verbände (Land, Bezirke, Gemeinden) haben für dieses Jahr Investitionsarbeiten im Betrage von 632 Millionen, von denen 495 Millionen finanziell sichergestellt sind, in Aussicht genommen, durch die zur Verringerung der Arbeitslosigkeit beigetragen werden soll. Bis Ende Juli waren Arbeiten im Betrage von 242 Millionen vergeben. Für das kommende Jahr sind gleichfalls Investitionsarbeiten als Notstandsarbeiten mit einem Aufwande von 497 Millionen projektiert. Allerdings sind Mittel für diese Arbeiten bisher finanziell nicht sichergestellt. Besondere Schwierigkeiten bei der Aufbringung der Mittel ergeben sich aus dem Notstand der Selbstverwaltungskörper, der durch das ungelöste Gemeindefinanzgesetz verschuldet und durch die Krise noch erhöht worden ist.



durch richtige Behandlung der Wäsche. Die Gesamtheit unserer Hausfrauen erleidet jährlich große Verluste durch Verwendung schädlicher Waschmittel, wie reiner Soda, Wasserglasseifen usw., die die Gewebefasern des kostbaren Wäschegutes zerstören.

Diesen Verlust einzudämmen und den eigenen Wäscheschatz zu erhalten, liegt im Interesse aller. Deshalb soll man zum Waschen nur eine gute, bewährte Kernseife verwenden, die die Wäsche schont, am besten die seit über 80 Jahren bekannte



### Landbändlerische Zustände in der deutschen Sozialdemokratie.

Die „Landpost“ weicht von einer Opposition in der sozialdemokratischen Partei zu berichten und führt als Beweis an, daß auf einer Bodenbacher Bezirkskonferenz Kritik an der Regierungspolitik geübt wurde. Und sie bemerkt dazu frohlockend:

„Die Einigkeit und Geschlossenheit in der sozialdemokratischen Partei ist weit nicht so, als es die Herrschaften vorgeben, und am kommenden Reichsparteitag dürften sich die Gegensätze zwischen den Führern und wirklichen Arbeitern noch vergrößern.“

Dies ist wohl der kranke Wunsch der Vater des Gedankens. Tatsächliche Meinungsverschiedenheiten gibt es in jeder Partei. Wir haben sie immer kameradschaftlich ausgetragenen und werden dies auch am kommenden Parteitag tun. Daß aber dadurch die Einigkeit und Geschlossenheit der Sozialdemokratie irgendwie in Frage gestellt werden könnte, werden die Herren Agrarier nicht erleben. Die „Landpost“ darf unsere Partei nicht mit dem Bund der Landwirte verwechseln! Dort gibt es alten Streit zwischen Bauern und Pächtern, in neuerer Zeit sogar Gegenläufe innerhalb der durchwegs nicht bäuerlichen Führerschaft selbst. Hat doch die Reichsberger Kreisleitung des B. d. L. unlängst eine lange oppositionelle Entschlüsselung gefordert und den Austritt aus der Regierung gefordert. Diese Stellungnahme wurde durch ein Mandatsreiben den anderen Parteistellen bekanntgegeben, das von Herrn Windisch, also einem der ersten Führer der deutschen Agrarier gefertigt war. Es konspiriert also ein agrarischer Führer fleißig gegen den anderen, wie es drüben Herr Stanel gegen Urdal macht.

Wie weit die Aktion Windisch kontra Spina bisher gediehen ist, wissen wir nicht. Wenn nun die „Landpost“ unserer Partei landbändlerische Verhältnisse andichten will, so betet sie wie der fromme Bauer:

Bitt für mich, heiliger Florian,  
Verschon mein Haus und jand' beim Nachbarn an!  
Zur Betäubigung der „Landpost“ diene die Versicherung: Solche traurige Zustände, wie sie beim B. d. L. und in der tschechischen Agrarpartei herrschen, sind innerhalb der sozialdemokratischen Bewegung nicht denkbar!

#### Der Bezirk Bischofteinzig vor dem Zusammenbruch.

In einer in den letzten Tagen in Bischofteinzig stattgefundenen Sitzung der Bezirksvertretung, der eine Beratung der deutschen Vertretungsmitglieder aller deutschen Parteien voranging, wurde über die katastrophale Lage der Finanzwirtschaft des Bezirkes gesprochen und dabei festgestellt, daß in kurzer Zeit der finanzielle Bankrott des Bezirkes unvermeidlich sei, wenn nicht ganz außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden können, die das finanzielle Gleichgewicht des Bezirkes wieder herstellen. Um der momentanen Not des Bezirkes abzuhelfen, wurde beschlossen, einen Teil der Bezirkseinrichtungen, wie Bezirksbaumühle, Wohnhaus und maschinelle Einrichtung des Bezirkssteinbruchs zu verkaufen, bzw. zu verpachten, weiter die Arbeitszeit des Straßenpersonals um die Hälfte zu kürzen, was auch eine 50%ige Kürzung der Löhne zur Folge hat. Ferner werden die Kilometerentschädigungen für die Mitglieder der einzelnen Kommissionen stark herabgesetzt, teilweise ganz eingestellt. Ob diese Maßnahmen, die das Interesse der Arbeiter und Angestellten in unerhörter Weise mißachten, den finanziellen Ruin des Bezirkes aufhalten werden, ist zu bezweifeln.

# IRMGARD KEUN: Gilgi eine von uns

23)

„Freu' mich, daß du da bist“, sagt Martin einfach und überzeugend. Noch etwas verschlafen, sieht er abwechselnd auf das ungewohnt elegante Gilgi-Mädchen und auf den Koffer. Sein Haar ist verstruppelt, auf der linken Wade hat sich das Muster von der Kopfstützenrippe abgedrückt, über dem Pyjama hat er einen alten, zerkausten Regenmantel geworfen. Er sieht ein bißchen nach Flüchtling, Nachtlager von Granada oder Nicht-Gentleman-Einbrecher aus. Langsam fährt er sich mit dem Handrücken über das hart bestoppelte Kinn und wird plötzlich wach. „Wart' einen Augenblick! Bevor du mit deiner zweifellos langwierigen Erklärung anfängst, möcht' ich dir einen Kug geben, dazu muß ich mich erst waschen und rasieren.“ Mit Kurm-Geschwindigkeit trägt er ins Badezimmer.

Und Gilgi tut etwas, was sie noch nie getan hat, etwas, das für sie verwirrender und ungewöhnlicher ist, als ihre Flucht von zu Haus: sie telefoniert ins Geschäft, läßt sich mit Herrn Reuter verbinden: „... fühl' mich so krank und schlend“

„Doch keine Grippe?“  
„Nein, nein, nur...“  
„Im Bett bleiben...“  
„Ja, morgen ist sie wieder da —“

„Gute Besserung“ — „Danke.“ Sie legt den Hörer auf, kommt sich pflichtvergessen, unsicher, faul und schlampig vor. Setzt sich auf ihren Koffer, heute ein bißchen, freut sich dann wieder, daß sie nur den ganzen Tag bei Martin sein wird, und hat ein schlechtes Gewissen, weil sie sich freut. Fühlt einen zehenden Schmerz, als ihr das Endgültige ihrer Trennung von den Krons dunkel aufblüht, schaut sich plötzlich ganz sinnlos nach dem albernen, grünblauen Washington-Zimmer und schüttelt sich bei dem Gedanken, noch einmal da zu sitzen — es ist ein furchtbares Durcheinander, ihr ganzes Inneres ist zum Kriegsschauplatz wüst streitender Empfindungen geworden, alles rollt, saust, wackelt, nichts steht fest — nur Martin. Der erscheint stolz mit einem Tablet, hat sich in der kurzen Zeit nicht nur fix und fertig angezogen, sondern auch schnell noch Kaffee gelocht. Brotchen, Butter, Jam, Honig — alles da. Mit ein paar Griffen baut er den Kaffee auf, bricht nebenbei schnell mal einer Tasse den Deckel ab. Schmeißt die Honigbüchse außerst geschickt gerade auf das schmale Spaltchen nackter Parkettfußboden zwischen Käufer und Teppich, wo sie sich mit einem sanften Knacks in Scherben auflöst.

„Na, nun komm her, mein kleines Unglückswurm.“ Er hebt sie vom Koffer herunter, setzt sie sich auf den Schoß — „bis mein linkes Bein wieder einschläft, kannst du so sitzen bleiben. — ... so ist's richtig! Hält mir da neulich einen Vortrag: wer gesund ist und keinen Hunger hat, hat einfach kein Recht, unglücklich zu sein — und beult mir jetzt die Knevers weich und waddlig.“

„Ist wahr, Martin.“ Gilgi hebt das Gesicht. „Bist stolz und froh, daß er sogar ihre scheidenen Aussprüche behält.“ „Also — siehst du... und... dann...“ es wird ein langer und annähernd harter Bericht. „Und was mich so bedrückt, ist eben, daß sie anständig und gut zu mir waren, auch purem, gemeinem Egoismus wünscht ich schon, ich könnt' auch mal was ganz Besonderes für sie tun. Ich hab' sie auch gern, aber es gibt eben keinen Weg zueinander. Offen und ehrlich kann ich mit ihnen nicht sein, und immer lügen, das ist mir zuwider. Wenn sie zweifeln, ist's peinlich, und wenn sie mir traurig glauben, noch peinlicher.“ „Ach wo, traurig ist sie nicht mehr, sie ist hier bei Martin, also da, wo sie hingehört. Sie hat sich benommen wie eine kleine Biedermeiersgans, versteht's selbst nicht. Es gibt doch da so was wie Vererbungslehre, nur damit kann man sich den sentimental Anfall erklären. Die Krons werden einsehen, daß Kinder früher oder später immer ihre eigenen Wege gehen und sich damit abfinden. Beiden werden sie nicht, Herr Kron schon gar nicht. Der leidet nur, wenn kein Rosenmontagszug ist oder eine Büttenrede nicht geklappt hat, oder wenn's Geschäft schlecht geht. Frau Krons Sebensfähigkeit ist ebenfalls begrenzt. Und eines Tages werden sie nicht mehr böse sein, man wird sie dann öfters besuchen — und sie hat Martin, hat ihre Arbeit, morgen wird sie pünktlicher denn je auf dem Büro sein — es wird alles gut, ist überdies schon alles gut. Gilgi rutscht von Martins Knie herunter. „Willst jetzt nur schnell meinen Mutter einen Brief schreiben —“

„Der in St. Moritz?“  
„Rein doch, der anderen.“

„Ich finde deine Familienverhältnisse etwas kompliziert.“  
„Liebe Mutter!“ schreibt Gilgi — „sei nicht traurig. Ich wohne von jetzt an nicht mehr bei Euch, will Euch durch meine Art zu leben keinen Kummer mehr machen. Du brauchst keine Sorgen um mich zu haben, ich arbeite und weiß, wie ich mich durchbringe. Ich bin sehr traurig, daß ich Euch undankbar scheinen muß und eigentlich auch bin. Aber wenn Du mich mal brauchst — ich werde immer alles für Dich tun. Versuche jetzt nicht erst, mich aufzufinden. Wiederkommen für immer will ich nicht. Das ist für Euch und für mich besser so. Ich werde von Zeit zu Zeit bei Dir anrufen, und wenn Du mich dann nicht sprechen willst, kannst Du ja einfach anhängen. Aber

wann Du nur willst — komm ich mit Dir zusammen. Sei mir nicht böse. Wenn's geht.

Deine Gilgi.  
Wenn Du bis zum großen Osterhausputz wieder gut bist und Vater nichts dagegen hat, komm' ich dann für vier Tage und heisse Dir.“

„Moment, Martin, bin gleich wieder da.“ Sie stopft den Brief in die Tasche. Rennt auf die Straße. Kauft ein halbes Pfund Mandelplitter — Frau Krons Lieblingskonfekt — und eine verminderte Kaffeekanne — die alte Porzellan-Kanne hat gestern einen Sprung bekommen. Sie läßt im Geschäft Kanne und Konfekt zusammenpacken, den Brief oben auf legen; ja, der Bote wird's im Laufe des Vormittags hindringen.

Erleichtert und befriedigt ist sie eine Viertelstunde später wieder bei Martin. „Wenn ich was zu erledigen habe, muß ich's immer gleich tun. Aufschieben macht mich krank. — So — und jetzt wollen wir auspacken —“

Martin hat nachdenkliche Augen. „Gilgi“

## Viermächtekonferenz beschlossen.

### Genf als Tagungsort von Deutschland abgelehnt.

London, 14. Oktober. (AP.) Die Beratungen des französischen Ministerpräsidenten Herriot mit dem britischen Premierminister MacDonald wurden um 1 Uhr nachmittags abgeschlossen. Ueber die Beratungen wurde folgende amtliche Mitteilung herausgegeben:

„Gestern und heute fanden in der Downingstreet Beratungen MacDonalds, Herriots und Sir John Simons über den britischen Vorschlag statt, daß eine Zusammenkunft einberufen werde, an der die vier Großmächte Großbritannien, Frankreich, Italien und Deutschland teilnehmen würden, und deren Zweck wäre, die Schwierigkeiten zu beseitigen, die sich nun in Genf zeigen. Die englischen Minister und der französische Ministerpräsident kamen überein, daß eine solche Konferenz von allen genannten vier Großmächten beiderseitig werden soll, und daß als der geeignetste Ort dafür Genf wäre. Die britische Regierung ersuchte deshalb die deutsche und die italienische Regierung, zu diesem Vorschlag ihr Einverständnis zu erteilen. Die geplante Konferenz hätte bloß einen vorläufigen, nichtoffiziellen Charakter und ihr Zweck wäre, die Mittel zu suchen und zu finden, die es ermöglichen, daß die gemeinsamen Arbeiten der Abrüstungskonferenz im Rahmen des Völkerbundes mit Aussicht auf Erfolg wieder aufgenommen werden können.“

## Der Pleitegeier geht um.

Aus Mähr.-Schönberg wird uns geschrieben:

Es mag in der deutschen Nationalpartei nicht mehr besonders rosig aussehen. Der Mitgliederzuwachs scheint kein Ende zu nehmen, auch in Nordmähren. Vor Jahren hatte man ein Kreissekretariat der deutschen Nationalpartei errichtet, in welchem zwei Angestellte und ein Diener tätig waren. Mit dem Erstarken der deutschen Nationalsozialisten ging das Geschäft immer schlechter. Nun hat auch der Austritt der Rösche-Gruppe, die Gründung der deutschen Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft, eine Anzahl Anhänger der deutschen Nationalpartei weggenommen. So geht es nun rapid abwärts. Im Anfang dieses Jahres trat eine Angestellte aus dem Kreissekretariat aus, dann ging der Diener. Seit 1. Juli l. J. wurde die Kanzlei aufgegeben. Der Kreissekretär Herr Prof. Rohner, der nun allein die Arbeiten des Sekretariates machte, übersiedelte mit seinen Sekretariatensfilien in seine Wohnung nach Königgrätz bei Mährisch-Schönberg. Obwohl Herr Prof. Rohner sich alle Mühe gab, das Parteischiffchen wieder flott zu machen, es war alles vergebens, auch Herr Rohner hat seine Stelle als Kreissekretär mit 1. Oktober l. J. niedergelegt. Damit ist nun die Pleite offen in Erscheinung getreten. Keine Zeile liest man, daß die Parteileitung der Verantwortlichkeit die Auflösung des Kreissekretariates mitteilt. Nicht einmal eine Anerkennung der Verdienste des scheidenden Kreissekretärs von Seiten der Parteiführung gibt es. Song- und Klanglos ist das Kreissekretariat verschwunden. Nichts würde die Öffentlichkeit davon, wenn nicht Herr Prof. Rohner im Mähr.-Schönberger „Grenzboten“ eine Dankagung für die Unterstützung, die er während seiner Tätigkeit bei seinen Parteifreunden gefunden, veröffentlicht hätte.

Derlich weit ist es mit der Fabrikantenpartei gekommen; die in den letzten Jahren sogar sogenannte Auch-Gewerkschaften aufspäßen wollte. Die Nationalsozialisten haben dieser Partei den Boden abgetreten. Der Großteil der Nationalpartei, Angestellte, Beamte und Geschäftsleute, sind zu den Nazis übergegangen. Selbst der einmal allmächtige Herr Gustav Oberleitner kann dies nicht aushalten. Auch er muß ruhig zu-

logt er und legt ihr die Hände auf die Schultern. Sie sieht so unheimlich jung aus, die Kleine, und im Gegenjag zur sonstigen überbetonten Selbständigkeit beinahe hilflos. Wie kann seine unsichere Existenz ihr jetzt die Sicherheit des Elternhauses ersetzen? „Gilgchen, ich freue mich, wenn ich dich bei mir habe, aber — hast du nicht vielleicht eine Dummheit gemacht? Um meinen Willen darf's nicht sein, hörst du? Und wenn du willst, bring' ich die Sache bei dir zu Haus in Ordnung, ich fühle mich ja schließlich verantwortlich für dich.“

Alles Weiße aus Gilgis Gesicht verschwindet, ihre Stimme klingt hart und bellt: „Meine Sachen bring' ich allein in Ordnung, und wenn ich Dummheiten mache — dann auf meine eigenen Kosten. — Und eins sag ich dir, Martin —“ beinahe heftig schüttelt sie seine Hände ab — „ich dulde es nicht, daß man sich für mich verantwortlich fühlt, es ist die schlimmste Beleidigung, die man mir antun kann, ich...“

„Na, reg' dich nicht auf, mein kleiner Kaviarvogel.“ Vergnügt trägt Martin ihren Koffer ins Schlafzimmer, freut sich mit seiner ganzen gewohnten Luftschmerzlichkeit, daß er einen netter unterhaltenden Mißbewohner bekommt. Langsam tritt er hinter ihm her: „Ich bin noch soehr unschlüssig“, meint sie und sucht vergeblich, ihre zu kurze gerade Nase länger zu ziehen, „ich hatte überhaupt nicht vor — ich denke gar nicht dran, hier zu wohnen — schon wegen meiner Selbständigkeit — hab' da mein Zimmer —“

(Fortsetzung folgt.)



## Die lieben Alten

müssen leichte, ausgiebige Kost bekommen. Schwerverdauliche Fette sind nichts für einen alten Magen. Deshalb

nimm immer



DAS AUSGIEBIGE, REINE PFLANZENFETT

## Der Stfibry-Prozeß.

Zglen, 14. Oktober. Im Stfibry-Prozeß wurde heute zunächst der Angestellte des Eisenbahnministeriums Silbernagel einvernommen, der über die Gepflogenheiten bei der Anmeldung und Einführung von Gästen beim Minister Stfibry im Jahre 1920 ausfragte. Stfibry verlangt die Vorladung zweier Chauffeurs, die bekunden sollen, daß Stfibry aus dem Amt niemals in die Weinstube Paukert gefahren sei, wo er mit Stfibry gesehen werden sein soll.

Dramatisch gestaltet sich das Verhör Dr. Podlipshys, der 1920 Konsul in Berlin war. Er erklärte, dabei gewesen zu sein, wie Stfibry mittels Schicks auf einmal 5,2 Millionen Kronen als Provision angewiesen wurden. Der Zeuge bestritt, daß ihm Stfibry eine goldene Uhr geschenkt habe; er weiß auch nicht aus eigener Erfahrung, ob sich Stfibry und Stfibry kannten. Von der Verteidigung wurde der Zeuge in ein Kreuzfeuer genommen, wobei beide Teile Aussprüche der Gegenseite zwecks gerichtlicher Verfolgung protokolliert liegen.

Die Vormittags Sitzung wurde mit der Besichtigung der photographischen Kopien des Kontos Stfibrys beim Bankgeschäft Juchs abgeschlossen. Später ist Stfibry von einem gewissen Kay um 1,6 Millionen gebracht worden. Stfibry schiebt heute die Schuld daran dem Zeugen Dr. Podlipshys zu und führt einige Einzelheiten an, die beim Publikum Heiterkeit erregen, vom Zeugen aber als absolute Entfindungen hingestellt werden.

Als am Nachmittag die früheren Zeugenaussagen Podlipshys vertieft wurden, kam es zu erneuten Wortgefechten zwischen dem anwesenden Zeugen und der Verteidigung. Die Verteidigung verlangte die Zeugeneinvernahme des Prager Gerichtshofes, der den ersten Prozeß durchführte, über die wortgetreue Wiedergabe des stenographischen Protokolls.

Der Zeuge Oberthor wird erst in der zweiten Hälfte der nächsten Woche einvernommen werden; es wird dann auch zu seiner Konfrontierung mit Podlipshys kommen. Die Verhandlung wird morgen fortgesetzt.

## Sozialdemokratischer Wahlerfolg auf den Eisenbahnen.

Die endgültigen Ergebnisse der Wahlen des Eisenbahnerpersonals liegen nunmehr vor. Danach haben erhalten die Organisationen Verband und Anie und die Lokomotivführer zusammen 49.103 Stimmen (im Jahre 1928 haben die beiden Organisationen 42.223 Stimmen gehabt und die damals selbstständig kandidierenden Lokomotivführer 5337 Stimmen, daher zusammen 47.560 Stimmen) erhalten. Sie haben also um 1543 Stimmen mehr erhalten als vor vier Jahren. Die Nationalsozialisten haben 41.803 Stimmen erhalten gegen 43.324 bei den letzten Wahlen, also um 1521 Stimmen weniger. Die Kommunisten haben 7913 Stimmen erhalten gegen 13.760 vor vier Jahren, also weniger um 5847. Weiters haben erhalten die Unabhängige Organisation 16.670, die Klerikalen 10.290, die Mittelschulabsolventen 4392, die Professionisten 1199 Stimmen. Das Wahlergebnis bedeutet für die Sozialdemokratie einen großen Erfolg und für die Kommunisten eine schwere Niederlage.

## „Freundschaft“

der Kalender der Arbeiterkinder

ersch. in jede proletarische Familie!

# Tagesneuigkeiten

## Mordversuch an dem Kind und Selbstmord.

Aus Böhm. Ludweis wird uns geschrieben: In der Ortschaft Kosovo in Südböhmen, unweit von Kamenny Ujezd, unternahm am Donnerstag, den 13. d. M. die 35jährige Arbeiterfrau Franziska Růžicková an ihrem zweijährigen Kinde einen Mordversuch und verübte dann Selbstmord. Dem Kinde warf sie eine Schlinge um den Hals und zog diese zu, worauf sie sich am Boden erhängte. Hausinsassen, die zufälligerweise dazu kamen, übergaben das Kind dem Arzte, der es noch zum Leben zurückrufen konnte. Die unglückliche Mutter war aber bereits tot. Sie hinterläßt noch ein kaum einige Monate altes Kind. Die Tat dürfte sie in einem Wahnsinnsanfall verübt haben.

## Eine tolle Meeräuberthat.

Chinesische Meeräuber überfälligten die Offiziere des britischen Dampfers „Bellon“ (2232 Tonnen) aus Hongkong und führten das Schiff nach der Hongkong-Bucht, die unweit des bekannten Meeräuberstützpunktes Biasbucht liegt. Dort plünderten sie das Fahrzeug aus. Weitere Einzelheiten fehlen, doch wird angenommen, daß sich die Meeräuber, wie in solchen Fällen üblich, als Passagiere an Bord begeben und im geeigneten Augenblick das Schiff in ihre Gewalt gebracht haben. Dies ist der erste Fall von Meeräuberthat in diesem Jahre.

Nach 45 Stunden haben die Piraten das Schiff „Bellon“ verlassen. Sie färbten die Schote, damit die Nationalität des Dampfers nicht feststellbar sei. Als sie sahen, daß sich ein Dampfer näherte, den sie für ein Kriegsschiff hielten, drohten sie den Offizieren mit dem Tode. Zwei chinesische Passagiere sprangen über Bord und verschwanden in der See, um Folterungen seitens der Piraten zu entgehen. Einer dieser Unglücklichen nahm in erschütternder Weise Abschied von seiner an Bord verbliebenen Tochter. Fünf chinesische Reisende und zwei Europäerinnen wurden als Geiseln mitgenommen. Zwei weitere Europäerinnen, die an Bord waren, wurden nicht weiter belästigt. Zwei britische Torpedobootzerstörer kamen viel zu spät zu Hilfe; mittlerweile war das Schiff „Bellon“ dreimal durch die Piraten angefallen worden.

## Ziehung der Klassenlotterie

90.000 K:	64.574.
60.000 K:	46.147.
40.000 K:	39.025.
10.000 K:	25.257.
5.000 K:	31.469, 47.084, 51.569, 79.907, 80.037, 81.057, 97.926.
2.000 K:	5.968, 6.099, 8.401, 11.688, 12.665, 13.057, 16.088, 17.002, 17.924, 19.466, 31.706, 31.814, 33.488, 34.896, 37.258, 38.529, 39.228, 39.248, 40.072, 45.682, 47.998, 51.810, 55.002, 58.386, 61.044, 61.907, 61.920, 62.029, 62.079, 62.370, 62.441, 65.756, 68.208, 68.720, 68.895, 73.282, 73.895, 75.752, 77.628, 78.856, 81.366, 81.727, 81.831, 85.741, 88.007, 94.707, 95.093, 99.718, 104.823.
1.200 K:	158, 3.031, 10.609, 12.961, 13.896, 15.114, 17.031, 22.351, 24.774, 24.800, 25.248, 26.265, 27.064, 27.374, 28.995, 29.189, 29.409, 30.510, 34.387, 35.661, 37.981, 37.984, 38.065, 38.720, 39.908, 45.360, 46.019, 48.693, 49.441, 50.843, 52.203, 52.473, 53.129, 55.352, 58.081, 60.107, 62.561, 62.643, 63.473, 68.117, 68.248, 68.269, 69.079, 71.068, 76.850, 80.997, 83.016, 83.702, 90.065, 90.850, 94.315, 101.046, 101.328, 102.117, 103.724, 104.572.

## 52.000 Kč verschwunden.

Wie das Bürgermeisteramt in Brüx mittelt, hat die Stadtgemeinde Brüx im Jahre 1932 durch das Rentamt an den Kreuzherrenorden in Prag auf den Kaufschilling für den Komendanten in Brüx den Betrag von 132.000 K zur Auszahlung gebracht. Es wurde bei dem Kreuzherrenorden in Prag festgestellt, daß dieser nur einen Betrag von 80.000 K empfangen hat. Die Differenz zwischen den in Brüx beim städtischen Rentamt ausgegebenen und bei den Kreuzherrenorden in Prag in Empfang genommenen Betrag ist aufzuklären. Die Aufklärung gestaltet sich jedoch schwierig, da der damalige Referent verstorben ist und seit der Bezahlung bereits zehn Jahre verfloßen sind. Wir werden über diese Angelegenheit noch eingehend berichten.

**Was Hausherrn-Habsucht imstande ist!**  
Lyon liegt wohl weit von uns und die nachfolgende Geschichte, die wir in französischen Blättern finden, ist gewiß nicht alltäglich, läßt keine allgemeinen Schlüsse zu. Aber gewisse Symptome darin sind doch international charakteristisch für hausherrliche Menschlichkeit und Selbstlosigkeit. Da bezog vor etwa einem Jahr in einem kleinen Ort bei Lyon ein armer Teufel von Angestellten mit Frau und vier unmündigen Kindern eine kleine Wohnung in einem Hause, dessen Besitzer den edlen Namen Dumas trägt. In dieser Wohnung vollzog sich für die Familie ein tragisches Geschick. Nach wenigen Monaten starb die Gattin und Mutter an Typhus. Der Vater stand mit den vier Kleinen allein in der Welt. Eines von den Kindern holte aber bald darauf dieselbe Krankheit und ein wenig später mußte der Vater zwei seiner Töchter, die vom Typhus befallen waren, ins Spital schaffen. Die Ursache? Herr Dumas hatte eine elektrisch betriebene Pumpe einrichten lassen, die den Mietern das Trinkwasser aus einem

# Die ersten Erfahrungen mit dem Jugendstrafgesetz.

Prag, 14. Oktober. Heute vormittags fand im Beratungsaal des Kreisstrafgerichtes in Prag die Jahreskonferenz über die Jugendstrafgerichtsbarkeit statt. Zweck der Konferenz war, einerseits Berichte über die Tätigkeit in der Jugendstrafgerichtsbarkeit zu erhalten, andererseits die bisherigen Ergebnisse der geleisteten Arbeit kennen zu lernen und über die künftigen Wege der Fürsorge für die verwahrloste Jugend zu beraten.

Obergerichtsrat Dr. Hellriegel, der Vorsitzende des Jugendsenates, legte die bisherigen Erfahrungen des Prager Jugendsenates als Erkenntnis- und Beratungsorgan, dem die Aufsicht über die untergeordneten Gerichte in der Provinz zusteht, dar. Er verlas dann die Berichte der einzelnen untergeordneten Gerichte, aus denen hervorgeht, daß die Einführung des Gesetzes über die Jugendstrafgerichtsbarkeit wahrscheinlich günstige Erfolge zeitigen wird; doch lasse sich wegen der Kürze der Zeit bisher noch nicht genau übersehen, ob tatsächlich in den Schichten der auf Abwege geratenen Jugend eine Besserung zu verzeichnen ist. Unter den Ursachen der Verwahrlosung der Jugend wurden hauptsächlich angeführt schlechte Umgebung, das

Brunnen zuleitete. Warum? Weil er ausgerechnet hatte, daß ihn diese Trinkwasserlieferung weniger kostete, als die von der Stadtverwaltung besorgte! Dieses Brunnenwasser aber stellte sich bei der Untersuchung durch das bakteriologische Institut in Lyon, dem der unglückliche Gatte und Vater eine Probe eingeschickt hatte, als typhusverfälscht und ungenießbar heraus. Inzwischen ist eines der Mädchen im Spital gestorben und das zweite ringt mit dem Tode! Wohl wird jetzt der verbrecherisch-habsüchtige und gewissenlose Hausherr vor das Tribunal gestellt werden — aber wer gibt dem armen Mann Frau und Kinder zurück? Gewiß, das muß schon wiederholt werden, Hausherrngemeinschaft wirkt nicht immer tödlich. Immerhin aber darf man den Lyoner Fall als Gipfelpunkt einer Rücksichtslosigkeit betrachten, zu der das Privateigentum an den Wohnungsmitteln die Inhaber in aller Welt zu verführen imstande ist.

**Die Ehre.** Durch die deutschen Zeitungen ging gestern folgende Meldung:

**Selbstmord wegen der Habsucht eines Einbrechers.** Wie die Pressestelle des Essener Polizeipräsidiums mittelt, hat sich der Kriminalassistent Krudow von der Kriminaldirektion am Montag vormittags in seiner Wohnung zwei Brustschüsse beibringt und ist kurz nach seiner Einlieferung in das Krankenhaus gestorben. Der Beamte hatte den Auftrag, mit einem wegen Einbruches festgenommenen zwecks Klärung des Sachverhaltes außerhalb des Dienstgebäudes weitere Feststellungen zu treffen. Bei dieser Gelegenheit ist der festgenommene dem Beamten entwichen. Krudow hat sich dies so zu Herzen genommen, daß er, wie er in einem Abschiedsbrief erklärt, diesen Mißerfolg nur durch seinen Tod sühnen zu können glaubte. Krudow hinterläßt Frau und Kind.

Wohl einem einer ausgekommen ist, muß er in den Tod gehen, obwohl er Frau und Kind zurückläßt. In dieser einfachen Formel ist alles gesagt, was zu dem Thema „Ehre“ zu sagen ist. Ueber diese Feststellung hinaus muß aber auch gesagt werden, wieso es überhaupt zu so lustigen Verknüpfungen mit so ersten Tatsachen, wie dem Tod, kommt. Es gibt zwei Arten, wie man sich der Verlässlichkeit eines Angestellten versichern kann, das heißt, wie man sich seiner Arbeitskraft zu versichern kann, daß sie gänzlich dem gehört, der sie bezahlt. Die erste Methode ist das übliche Antreibemittel mit der Stoppuhr. Die andere Methode, die ältere, ist das Operieren mit der „Ehre“. Man schafft einen Ehrbegriff, den man dem Dummen umhängt wie einen Orden. Damit fesselt man ihn für immer. Nur wenige vermögen diese Kette zu zerreißen, die ihnen ein Ansehen gibt. Man lege einem Orang-Utan Dianol auf den Hintern und gebe ihm einen Spiegel, damit er sich darin bewundern kann. Nimmt man ihm das Stanoletten weg, so geht er vor Nummer ein. Je wertloser so ein Ding wie die „Standesehre“ ist, desto wirklicher erscheint es allen denen, die auch einen Sonnenstrahl für einen aus Goldblech gestanzten Bestandteil der Krone eines übergeordneten Wesens halten. Daneben verläßt vollständig die Tatsache, daß eine Frau und ein Kind, die zu einem gehören, zu verlassen, ehelos ist, wenn man es tut, um sich von einem Höheren treffen zu lassen, den Leute aufgestellt haben, um Idioten gefügig zu machen.

**Dynamit auf dem heißen Ofen.** In der Gemeinde Křiva bei Chrást (Katzenbühl) verheute ein Aufseher eine Dynamitpatrone zu Hause in einem Hühnerstall und wollte diese gelegentlich zum Ferkelstang in der Theil verwenden. Das Hühnerstall bürge sich aber ohne sein Wissen die Nachbarin aus und stellte es auf den heißen Ofen. Kurz darauf entstand eine starke Explosion, die die ganze Wohnung demolierte, ein lebensfähiges Kind tötete und ein zweites, fünfjähriges, schwer verletzte.

**Mutter mit vier Töchtern verbrannt.** In der Ortschaft Jazowia bei Wina brach ein Brand aus, der trotz der sofortigen Hilfsaktion mehrere Wohnhäuser gänzlich einscherte. In einem der niedergebrennten Wohnhäuser fanden die drei Töchter des Hauswerkers Szejal den Verbrannungsstod. Außerdem erlitten die Gattin und die vierte Tochter des Hauswerkers so schwere

Verwunden, daß sie bald nach der Ueberführung ins Krankenhaus verstarben.

**Die erste Milliarde Kilowattstunden in dem Elektrizitätswerk Seestadt.** Am 11. Oktober d. J. wurde in dem Elektrizitätswerk in Seestadt, das die Hauptstadt Prag mit elektrischem Strom versorgt, die erste Milliarde Kilowattstunden erzeugt. Das Elektrizitätswerk versorgt außer Prag noch die staatlichen westböhmischen Kohlengruben, ferner die landwirtschaftliche Genossenschaft in Dražice n. J. und die Brüxer Elektrizitätsgesellschaft. Die Erzeugung wächst von Jahr zu Jahr und die installierte Kapazität 70.000 Kilowatt (93.000 Kilowatt) ist ganz ausgenutzt. Die Zentrale hat aus der minderwertigen Abfallstoffe des staatlichen „Schwefelwerks“ bis heute elektrische Energie erzeugt, deren Wert eine Viertelmilliarde Kronen übersteigt.

**Ratuschka's Nichtigkeitsbeschwerde verworfen.** Epilveiter Ratuschka, der wegen der in Oesterreich verübten Eisenbahnentate zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt worden war, hat durch seinen Verteidiger die Nichtigkeitsbeschwerde erhoben, wobei er sich vor allem darauf stützte, daß kein Fruktivitätsgutachten über seinen Gesundheitszustand eingeholt worden sei. Der Oberste Gerichtshof hat diese Nichtigkeitsbeschwerde verworfen.

**Romeo und Julia.** Der 19jährige Kadett Belol hat sich mittels seines Dienstrevolvers erschossen, da die Eltern sich weigerten, ihre Zustimmung zu seiner Heirat mit dem Mädchen seiner Wahl zu geben. Das Mädchen verübte, als es von dem Tode des Jährichs hörte, gleichfalls Selbstmord, indem es sich unter einen fahrenden Schnellzug warf.

**Der Bär und das Auto.** Auf der nächsten Rückfahrt von Vorjago nach Lione bemerkte der Lenker eines Kraftwagens im Dichte der Scheinwerfer an eine Mauer geleht einen gewaltigen braunen Bären, der, durch die Beleuchtung erschreckt, vor dem Auto zu flüchten begann und nach etwa 500 Meter rasendem Lauf in dem tiefer liegenden Walde verschwand. Er scheint zu einer Gruppe von Bären zu gehören, die im abgelaufenen Sommer auf den dortigen Almen das weidende Vieh schwer schädigte, so daß der Abtrieb früher als sonst erfolgte.

**Zu Tode geflohen.** Der Weinbändler Paul Brandl in Straß hatte eine Gesellschaft von vierzig Personen bewirtet und ließ sie nachher in seinem Lastkraftwagen nach St. Pölten bringen. Als die Betrunknen dort vor dem Hotel Böd vom Lastauto herunterstiegen, stürzte der junge Schneidermeister Leopold Haiden zu Boden und blieb tot liegen. Die gerichtliche Leichenschau ergab, daß er an Atherosklerose gestorben ist. Auch zwei andere Teilnehmer der Saufpartie weisen Anzeichen von Alkoholvergiftung auf. Einer von ihnen mußte schwer krank in das Spital gebracht werden.

**Gefäßarterabau beim Hühnerbund.** Der Untervorschuß des Budgetausschusses beschloß, daß der Generalsekretär künftig 140.000 Schweizer Franken, der stellvertretende Generalsekretär 85.000 Schweizer Franken und die Untergeneralsekretäre 70.000 Schweizer Franken Gehalt beziehen sollen. Das wurde gegenüber den jetzigen Gehältern eine Herabsetzung um etwa 20 Prozent bedeuten. Aus den so gewonnenen Ersparnissen soll der neue Posten des zweiten stellvertretenden Generalsekretärs finanziert werden.

**Schiffszusammenstoß im dichten Nebel.** Der in Delsingfors beheimatete Dampfer „Besuvius“ kollidierte im südlichen Teil des finnischen Meerbusens im dichten Nebel mit dem sibirischen Segelschiff „Emilio“, das fast unmittelbar darauf sank. Von der Besatzung des Segelschiffes konnten nur der Kapitän und der Bootsmaat gerettet werden, die übrigen sechs Besatzungsmitglieder ertranken.

**Wölfe an der polnischen Grenze.** An der sowjetrussisch-polnischen Grenze wurden die Herden von einem Rudel von Wölfen angefallen, die aus den nahen Wäldern kamen. Die Einwohner veranlaßten die Aufstellung von besonderen Wachen, um dieser Gefahr für ihr Vieh zu begegnen.

**Weltschulwoche für alkoholfreie Jugend-erziehung.** Ueber Anregung des internationalen Lehrerverbandes gegen den Alkoholismus wird auch heuer wieder vom 24. bis 29. Oktober eine

# Furchtbares Explosions-unglück in Trautenuau.

## Ein dreijähriges Mädel verbrannt. Die ganze Familie zu Schaden gekommen.

Der 43 Jahre alte Wendelin Schleis, der als Hausmeister beim städtischen Elektrizitätswerk in Trautenuau bedienstet ist, lochte Freitag gegen Mittag auf dem Küchenofen Bohrerbohrer, welches zum Einlösen der Fußböden verwendet wird. Das Gefäß kam zum Ueberlaufen und die Flüssigkeit geriet auf die Herdplatte. Durch diese Verbindung explodierte das flüssige Bohrschlamm und entfachte einen Zimmerbrand. Auch die Kleider sämtlicher Familienmitglieder stiegen Feuer, die sich gleich brennenden Fackeln ins Freie reiteten. Frau Schleis sprang mit ihrem 3jährigen Töchterlein durch das Fenster in den Hof. Das jüngste Kind der Familie, ein dreijähriges Mädel, konnte nur als vollständig verlohnte Leiche geborgen werden. Schleis, seine Frau und das achtjährige Töchterchen erlitten Brandwunden schwersten Grades. Die Schwerverletzten wurden mittels Rettungsautos ins Trautenuauer Krankenhaus übergeführt.

**Weltschulwoche für alkoholfreie Jugend-erziehung.** In dieser Woche soll die Alkoholfrage in allen Höchern des Unterrichts behandelt und die Jugend für alkoholfreie Lebensführung gewonnen werden.

**Die braune Nordkultur.** Aus Braunschweig wird gemeldet: Ein jung verheirateter Nationalsozialist, Inhaber eines nationalsozialistischen Arbeitslagers bei Lutter am Barenberge, war im Verlauf einer blutigen Schlägerei unter Nazis derart schwer am Kopf verletzt worden, daß er jetzt im Krankenhaus seinen Verletzungen erlegen ist. Der Täter wurde verhaftet. Die NSDAP wollte an der Beerdigung teilnehmen, um den Tod ihres Parteimitgliedes agitatorisch auszunutzen. Die Angehörigen des Erschlagenen verweigerten jedoch die Beteiligung.

**Das Gesetz des Evangeliums.** Das Pariser Militärgericht hat einen Studenten der Theologie zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er die Enderkennung zu einer Referendatur mit der Bemerkung zurückgeschickt hatte, daß für ihn das Gesetz des Evangeliums nicht mit dem Militär-gesetz vereinbar sei, das ihn dazu zwingt, Waffen zu tragen.

**Neue Autobuslinien der ČSD.** Prag—Leitmeritz, Prag—Teplý Štánek und Teplý Štánek—Leitmeritz. Auf der neuen Autobuslinie Prag—Leitmeritz und der Strecke Teplý Štánek—Leitmeritz wird der Verkehr am Samstag, den 15. Oktober, aufgenommen werden. Der Standort für die Strecke Prag—Leitmeritz befindet sich beim Wilsonbahnhof in Prag. Abfahrt von Prag um 11 Uhr 30 Min. und um 16 Uhr 30 Min., von Leitmeritz um 6 Uhr 30 Min. und um 13 Uhr 13 Minuten. Der Verkehr auf der Strecke Prag—Teplý Štánek wird erst am 1. November aufgenommen werden.

**Einführungskurs für die Verwendung der technischen Unterrichtsmittel in Schule und Volkshochschule.** In der Zeit vom 28. Oktober bis 1. November l. J. veranstaltet die Prager Urania in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Lehrerbund in der Tischschulwerkstatt in ihren Räumen in Prag II, Smetana-gasse 22, den III. Einführungskurs zur methodischen Verwendung des Lichtbildes, des Filmes und des Schulfunks in Schule und Volkshochschule. In dem Kurse, welcher vor allem in die praktische Arbeit mit den Projektionsmitteln und die Bedeutung des Schulfunks einführen soll, kommen folgende Themen zur Behandlung: Die elektrotechnischen Grundlagen der Projektion (Hoch. Josef) — Die Kinetographie (Ang. Joentich) — Filmkultur (Dr. Franje) — Die internationale Bekehrungsbewegung (Oberlektionsrat Ratuska) — Der Aufbau von amtlichen Bildstellen (Dr. Schimmer) — Film und Buch (Dr. K. Rouska) — Inhalt des Bildunterrichtes (Hoch. Kühnel) — Planmäßige Lichtbildarbeit, Schulphotographie, Diapositiv-Technik, Das plastische Bild (Dr. A. Fibora) — Das Luftbild und seine Bedeutung in der Erdkunde (Dr. Peterka) — Das gesprochene Wort im Schulfunk (Oberkommissär Prof. V. Pajal) — Die Erziehung zum Massverhältnis (Edw. Janetschek) — Der deutsche Schulfunk in der Tischschulwerkstatt (Hoch. Kühnel). — In Abendveranstaltungen wird der Tonfilm-Projektor „Phonobor“, für Schule und Volkshochschule bestimmt, vorgeführt und A. Paumann aus Deylov spricht über die modernsten Projektionsbehefe. Während des Kurses findet eine Ausstellung von Projektionsgeräten statt. Anmeldungen bei der Prager Urania, Prag II, Smetana-gasse 22.

## Vom Rundfunk

### Empfehlenswertes aus den Programmen Sonntag.

Prag: 6.15 Gymnastik. 9.40 Celloquartett. 11.10 Konzert. 18.00 Deutsche Sendung: Aus einer alten Tuchmachertafel. 19.00 Nachmitt. 21.00 Sibelius. 22.25 Jazzmusik. — Brünn: 12.05 Orchesterkonzert. 18.00 Deutsche Sendung: Rabaren. 20.00 Humoristisches Hörspiel. — Wien: 18.00 Orchesterkonzert. 19.30 „Der Rosenkavalier“. Oper von Richard Strauß. — Hamburg: 20.00 Volkstümliche Opernabend. — Königsberg: 18.10 Schummerstunde. 20.00 Orchesterkonzert. — Wien: 9.55 Hans Pflüger. 11.40 Sinfoniekonzert. 15.00 Streichquartett. 19.20 Klavier: Gesänge des späten Jahres.

### Beamtenabbau in Oesterreich.

Ein Drittel der Telegraphenbeamten wird entlassen.

Wien, 14. Oktober. Das Personal in den österreichischen Telegraphen- und Telefonämtern soll um ein Drittel abgebaut werden. Infolge der Schrumpfung im österreichischen Gesamtwirtschaftsleben bekommen große Firmen, die früher ein Dutzend überzählige Telephonisten alljährlich erhalten haben, heute kaum mehr ein einziges. Ueberseetelegramme zugestellt. Es ist demnach unmöglich, den jetzigen Stand dieser Kategorie von Postbediensteten im Dienste zu belassen.

### Zurück zum Tauschhandel.

Santiago, 14. Oktober. (Reuter.) Die Regierung hat das Angebot der Gesellschaft Guina aus Buenos Aires auf Austausch von 200.000 Tonnen Benzin gegen Kupfererz geprüft und gleichzeitig in Argentinien 16.000 Tonnen Getreide bestellt.

Prager Frühjahrsmesse 1933. Wie uns mitgeteilt wird, findet die nächste Prager Frühjahrsmesse vom 19. bis 26. März 1933 statt. Das geschäftlich gute Ergebnis der Herbstmesse veranlaßt bereits den größten Teil der Aussteller, für die W. Messe ihre Anmeldungen abzugeben. An der Messedirektion interessierte Firmen erhalten durch das Messesamt, Prag VII., Messespaß, Auskauf.

Frankfurter Würtchen, mit Radioschalen gefüllt. Ingenieure der Westinghouse Electrical Company in Pittsburgh haben ein Frankfurter Würtchen gefüllt, indem sie es in einem Feld von Radioschalen platzierten. Das Gelingen des Experimentes veranlaßt die Ingenieure zu erklären, daß es durchaus denkbar ist, daß in einigen Jahren Rundfunkempfänger eine Kochporzellan aufweisen, wo nach den Angaben eines Sprechers Speisen zubereitet werden. Das drahtlose Kochen hat nach den besonderen Vorteilen, daß ein Verbrennen der Hände unmöglich gemacht wird. Die zwei Scheiben, von denen die Strahlen für das Kochen ausgesandt werden, werden nicht so heiß, um das Gefühl des Verbrennens auskommen zu lassen.

Salomonisches Urteil. In dem Dörschen Grand-Fontaine (Frankreich) wurde der Bauerin Jeanne Gobe von ihrer Nachbarin ein Huhn gestohlen. Die Diebin brachte das lebende Huhn zum Markt und wollte es verkaufen. Dazwischen wurde sie durch einen Polizisten gehindert, der zwischen von der Eigentümerin benachrichtigt worden war. Die Diebin leugnete aber entschieden und es gab weder Zeugen noch besondere Merkmale an dem Huhn, wodurch der Diebstahl hätte bewiesen werden können. Schließlich kam der Polizist auf einen wahrhaft genialen und geradezu salomonischen Ausweg. Er nahm das Huhn und setzte es genau in der Mitte der beiden Höfe auf die Erde und sah zu, in welchen Hof es lief. Das Huhn besann sich nicht lange, sondern kehrte auf der Stelle freudig gackernd in den heimischen Hühnerstall zurück, so daß die Diebin entlarvt war.

Um den Verkauf des Zirkus Sarrasani an die USSR. Die Mitteilungen, daß Direktor Zirkus Sarrasani sein Zirkusunternehmen an die Sowjetrepublik verkauft hat, rufen den Tatsachen voraus. Sowjetstellen, die an dem Unternehmen Interesse zeigen, haben in ihren Blättern Interesse zeigen, haben in ihren Blättern Interesse zeigen, haben in ihren Blättern Interesse zeigen. Es mangelt aber noch an der Einigung über einen nicht ganz nebenläufigen Punkt: die Bezahlung.

## Ein origineller Versicherungsbetrug.

Breslau, 14. Oktober. Vor dem Appellier-Vandgericht beginnt dieser Tage ein Versicherungsprozess, in dem sich 150 Angeklagte zu verantworten haben werden. Ein Schachmeister aus dem Kreise Oppeln hatte im Krieg als Pferdebesitzer die Erfahrung gemacht, daß eine bestimmte Salbe, die er zum Kurieren kranker Pferde benutzte, auf der menschlichen Haut Blasen verursacht, die einen langen Heilungsprozess erfordern, aber keine bössartigen Folgen hinterlassen. Diese Wissenschaft benutzte der Mann zu einem großen Geschäft. Er trat in eine Kranken- und Unfallversicherung ein, bestrich sich mit der Pferde Salbe und meldete dann einen Unfall an, worauf er auch Unfall- und Krankengeld erhielt. Später rief er seinen Freunden, eine Versicherung einzugehen, gab ihnen sein Geheimnis, worauf sie gleichfalls erkrankten und von der Kasse Zahlungen erhiel-

ten. Die Sache sprach sich bald herum. Der Schachmeister konnte nicht genug Salbe heranschaffen, um alle, die krank werden wollten, zu behandeln. Die Versicherungsagenten machten ein glänzendes Geschäft. Monate der Parienten ließen sich sogar in mehrere Klassen aufnehmen. Schließlich wurde auch ein Arzt gefunden, der die notwendigen Arzneien über Unfall und Krankenkasse ausstellte. Der Betrag ging von 1923 bis 1929.

Die Klaffen haben sich erboten, die Hälfte dieses Millionenobjekts in bar zu zahlen. Für die andere Hälfte soll Herr Stoch-Sarrasani Helle in Zahlung nehmen. Da Sarrasani aber nicht Lust verspürte, Rauchwarenhändler zu werden, zichen sich die Verkaufsverhandlungen noch hin. In den nächsten Tagen wird ein Vertreter des Komens in Dresden, wo Sarrasani seinen ständigen Sitz hat, erwartet.

Achtzehn deutsche Versicherungsgesellschaften wurden in Anspruch genommen und zahlten. Einer der Versicherten hatte bei mehreren Gesellschaften 14.000 Mark herausgeholt können. Zuletzt fiel aber diese ominöse Krankheit auf, die nur in Oberschlesien auftrat. Eine Hamburger Versicherungsgesellschaft veranlaßte eine eingehende Untersuchung, die den Schwindel aufdeckte.

### Kleine Ursache - tödliche Wirkung.

Merke! seltsame Unfälle. Die eigenartigsten Zufälligkeiten können den Tod eines Menschen herbeiführen. Man denke an den Schah der berühmten Tänzerin Madama Duncan, der sich um das Rad eines Autos wickelte und sie erdroffelte. Ein Mann mittlerer Jahre, der noch niemals geraucht hatte, verlor seine erste Zigarre. Aber sie bekam ihm gar nicht, ihm wurde schwindelig, und er fiel zu Boden. Dabei schlug er auf einen Stein und zerschmetterte sich den Schädel. Eine Zigarre hatte ihn getötet.

Ein Opfer seines Aberglaubens wurde jener Mann, der eines Tages ein Hufeisen auf der Straße fand, es mitnahm und es über seiner Tür annagelte. Als er am anderen Morgen ausging, fiel das Hufeisen herunter und verletzte ihn schwer am Kopf. Sehr häufig kommt es vor, daß jemand sein Gebiß verliert und daß schwere Operationen nötig sind, um den Fremdkörper wieder zu entfernen. Ein Junge erkletterte einen Telegraphenmast. Als er oben ist, wird ihm schwindelig, er verliert den Halt und stürzt ab, gerade auf die Schultern eines unten vorbeigehenden jungen Mannes. Der Knabe kommt unbeschädigt davon, der junge Mann aber bricht schwer verletzt bewußtlos zusammen.

Ein anderer Knabe schoß im Garten nach der Zehnte. Aber da er wiederholte vorbeischoß, verlor er die Lust und schoß in die Luft. Das wieder verabschallende Geschloß drang mit seiner Eisenspitze in sein eigenes Bein.

Einen eigenartigen Autounfall führte eine Kuh herbei. Ein Auto fuhr die Landstraße entlang, als plötzlich eine Kuh auf die Straße trat. Der Fahrer konnte nicht mehr ausweichen, sondern mußte den Geschwinden ihren Lauf lassen. Die Kuh fiel halb in das Auto, der Fahrer verlor das Bewußtsein, das Auto zerquetschte an einem Baum. Das Tier sehr häufig an schweren Autounfällen schuld sind, ist festgestellt. Gerade dadurch, daß viele Autofahrer jedem Tier auszuweichen suchen, fahren sie oft in eine Gruppe Kinder hinein, so daß ein vor dem Ueberfahren getreteter Hund oft ein Menschenleben auf dem Gewissen hat. Daß ein Wespenstich ein Autounfall herbeiführt, ist auch gar nicht etwas so sehr Seltenes. Ein Chauffeur wurde von einer Wespe am

Augenlid gestochen, verlor in dem plötzlichen Schmerzgefühl die Herrschaft über seinen Wagen, und dieser rannte gegen einen Baum. Der Chauffeur wurde bei diesem Anprall getötet. Noch eigentümlicher sind die Folgen eines anderen Wespenstiches. Ein Gärtner beschneidete eine Hecke mit der Heckschere. Neben ihm auf der Wiese weidete ein Kaulquappe. Eine Wespe stach das Tier so, daß dieses plötzlich heftig mit den Hinterbeinen ausschlug. Der Schlag traf gegen die Schere, so daß sie die Pulsader des Gärtners durchschneidete, der infolge des Blutverlustes starb.

Das Schreck, einerlei ob freudiger oder trauriger, Menschen töten kann, ist nicht nur eine Legende. Ein Engländer starb sogar vor Freude, weil er beim Golf einen ausgezeichneten Schlag ausgeführt hatte; ein anderer bekam beim Kartenspiel so gute Karten, daß die Erregung darüber ihn tötete. Ein Dritter erhielt die Nachricht von einer unerwarteten Erbschaft und wurde dadurch so aus der Fassung gebracht, daß er tot zu Boden sank. Während eines Verkehrsstreiks in einer Großstadt mußte ein Mann zwei schwere Handkoffer selbst nach seinem etwa eine Stunde entfernten Haus befördern. Als er den Hausflur betrat, brach er zusammen. Ein Herzschlag hatte seinem Leben ein Ende gemacht; die übermäßige Anstrengung hatte ihn getötet.

Ein Taschendieb, der mit einer Handtasche Reißaus nahm, glitt aus und wurde von einem Auto überfahren. Das plötzliche, überraschte Stehenbleiben auf dem Fahrdamm, das aus allerlei Ursachen so leicht vorkommt, trägt erfahrungsgemäß zu der Zahl der sich ereignenden Verkehrsunfälle auf ungeheure Weise bei.

### „Der Kaiser braucht Soldaten ...“

Befehl zum Kindertriegen im alten Rom. — Bevölkerungsrückgang in den romanischen Ländern. Der Raufen am Fintelhaus.

Zu allen Zeiten haben es die Staaten gerne gesehen und erst recht die jeweiligen Herrscher, wenn sich die Untertanen ausgiebig vermehren. Der Staat brauchte sie, um sie tollkühnen zu lassen. Wenn nicht genug Kinder auf die Welt kamen oder sonst Grund zu Klagen in dieser Beziehung vorlag, dann haben es die Staaten zu allen Zeiten versucht, Propaganda für recht eifrige Kinderproduktion zu machen.

Aus dem alten Rom z. B. liegen in dieser Beziehung schon ausführliche Nachrichten vor. So hat zum Beispiel Augustus des öfteren Anordnungen erlassen, um die römischen Mütter auf ihre Pflichten hinzuweisen. Nach ihm war die sinkende Geburtenziffer eine Sorge fast aller römischer Nachbarn.

In der Gegenwart ist die sinkende Geburtenziffer eine schwere Sorge fast aller europäischer modernsten Anlagen ausgestattet ist und die technischen Einrichtungen der Privatbetriebe weit überflügelt. — Leuchtenden Auges erzählt uns der Leiter, ein überzeugter Genossenschaftler, aber auch einer der tüchtigsten Fachmänner auf dem Gebiete der Glühlampenherstellung, welche Schwierigkeiten zu überwinden waren, ehe alles so eingerichtet war, wie es notwendig schien. Aber der Geist, die genossenschaftliche Idee, sie haben über alle Widrigkeiten gesiegt und ein wahrhaft vollkommenes Werk geschaffen.



imperialistischer Staaten. Es ist interessant, einmal nachzusehen, wie man in verschiedenen Ländern die Bevölkerung vermehrt begünstigt.

Am allgerühmtesten ist wahrscheinlich Frankreich nicht nur wegen seiner reichlichen Mittel, sondern weil Frankreich in dieser Beziehung auch über die reichere Erfahrung verfügt. Seit fast hundert Jahren verdirbt man sich in Frankreich den Kopf darüber, wie man die französischen Eltern am besten an ihre „Pflichten“ erinnert. Bei der französischen Mentalität geschieht dies anscheinend am besten in Verbindung mit materiellen Vorteilen. Schon das dritte Kind hat in Frankreich bei Bedürftigkeit der Eltern einen Anspruch auf eine Staatsprämie. Sie beträgt 60 Franken jährlich bis zum vollendeten 14. Lebensjahr und kann auf Antrag auch als festverzinsliche Rente eingetragen werden. Jedes weitere Kind bringt eine entsprechend höhere Prämie ein und Wihbolde haben ausgerechnet, daß ein französischer Vater spätestens mit dem achten Kinde ausgesorgt habe. Er kann von den verschiedenen Renten bequem mitleiden.

Auch Portugal gehört zu den Ländern mit sehr niedriger Geburtenziffer. Dort hat man, um den Eltern Erziehungskosten zu nehmen, den Weg über das Staatsstipendium gewählt. Der Staat verpflichtet sich, für die Erziehung des Kindes, dessen Eltern dazu nicht in der Lage sind, jährliche Erziehungsbeträge zu geben. An der Universität Coimbra studiert mehr als die Hälfte aller Studenten auf Kosten des portugiesischen Staates. Ganz mittellose Studenten müssen allerdings dafür die Verpflichtung übernehmen, auf Verlangen des Staates mindestens fünf Jahre Dienst in den Kolonien zu machen. Doch das Kinderproblem trotzdem nicht gelöst wird, daran gibt man in Portugal der Tatsache die Schuld, daß ein Drittel aller Studenten den geistlichen Beruf ergreift.

In Spanien hält man nach wie vor an der Institution der Fintelhäuser fest. Dort ist es noch immer möglich, ein Kind, das einem zur Last fällt, in einen Kasten zu stecken, der außen am Fintelhause angebracht ist, zu läuten und dann das Weite zu suchen. Nachforschungen nach den Eltern sind in diesem Falle verboten. Die Kinder werden dann auf Kosten des Staates erzogen.

### Volkswirtschaft und Sozialpolitik

Prager Produktendörse. (Offizieller Bericht vom 14. Oktober.) Bei einem Schwachen freilägigen Verlauf konnte sich das Geschäft auf der heutigen Produktendörse nicht besonders entwickeln und das Interesse war hauptsächlich nur auf den Getreidemarkt gerichtet, wobei Angebot im Verhältnis zur Nachfrage im Uebermaß war, was naturgemäß einen bestimmten Druck auf das Preisniveau ausübte. Als Grundlage dienten jedoch die Dienstagspreise, die heute nur unbedeutenden Schwankungen unterlagen. So verbilligten sich einige Weizen- und Hafergattungen um 1 K, die wie folgt notierten: Böhm. roter Weizen 78-80 Kg. 153-159, böhm. gelber Weizen 76-77 Kg. 143 bis 146, gelber 72-75 Kg. 136-140, böhm. Roggen 108-111, böhm. Hafer 78-81. Weiters haben auch Weizen und Stroh um 1 K nach. Heu ungepreßt 44-45, süß 52-55 und gepreßt fauer 45-48, süß 53-54, Roggenstroh in Garben ungepreßt 40-42, Gersten- und Haferstroh gepreßt 39-44, ungepreßt 31-33. Uebrigens gepreßte Gattungen mit Draht gebunden 32-34 und ungepreßt 31-33. Alle übrigen Notierungen blieben unverändert.

### Genossenschaftliche Glühlampenproduktion in Schweden.

Die schwedische Genossenschaftsbewegung ist ebenso wie die übrige Arbeiterbewegung Schwedens glänzend durchorganisiert. Ueber 450.000 Mitglieder gehören in dem kleinen Lande den Genossenschaften an, in Stockholm allein versorgt der Konsumverein 55.000 Haushaltungen mit allen Waren, die in 340 Filialen der Hauptstadt zum Verkauf gelangen. Dabei sind die Verkaufsstellen aufs modernste eingerichtet und von einer kaum überbietbaren Sauberkeit. Man bemüht sich auch, den eigentlichen Zweck der Genossenschaften zu erfüllen und qualitativ gute Waren zu billigen Preisen auf den Markt zu werfen, um so das allgemeine Preisniveau herunter zu drücken.

In der Linie dieses Strebens liegt auch ein Versuch, den unsere schwedischen Genossenschaftler vor drei Jahren unternommen haben und der sich aufs glänzendste bewährt hat. Bekanntlich ist die Erzeugung von Glühlampen international karzelliert und das Kartell hält für die Erzeugnisse der ihm angeschlossenen Fabriken Preise, die um ein Mehrfaches die Vertriebskosten übersteigen. Um das Kartell zu brechen zu können, gingen die schwedischen Genossen im Jahre 1929 daran, eine eigene genossenschaftliche Glühlampenfabrik zu errichten, die sich auf das prächtigste entwickelt hat und heute bereits über 200 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Es ist die Glühlampenfabrik Luma in Stockholm, die auch insofern interessant ist, als es sich um den ersten Versuch einer internationalen genossenschaftlichen Produktion handelt. Da nicht nur die schwedische, sondern auch die dänische, norwegische und finnische Genossenschaftszentrale an ihr

finanziell beteiligt sind und von hier die Waren beziehen.

Die Fabrik wurde im südwestlichen Teil Stockholms mit einem Kostenaufwand von drei Millionen schwedischer Kronen errichtet und ist mit den modernsten Maschinen und Einrichtungen ausgestattet. Bei einem Besuch überrascht die durchsichtige Produktionsweise, mit welcher sowohl die Arbeiter geschont als auch die Produktionsergebnisse ganz bedeutend gesteigert werden. Die Arbeit geht gewissermaßen am laufenden Band vor sich; in einem Oberstod werden die Glasblöden fertig zubereitet und einmalmal sorgfältig geprüft, worauf sie zu den Arbeitsstellen gelangen und von Hand zu Hand, von Maschine zu Maschine wandern, bis sie endlich zum Prüfstand gelangen und die fertigen Lampen verpackt werden können. Die Tagesproduktion beträgt gegenwärtig 20.000 Lampen, könnte aber umsofort auf das Doppelte gesteigert werden, da noch genügend Raum für eine weitere Arbeitsstrecke vorhanden ist, die dann rein automatisch betrieben werden soll. Die Vorbereitungen für ihre Einführung sind bereits alle getroffen, man will aber die Arbeiterinnen der gegenwärtig im Betrieb befindlichen drei Ströden, bei denen noch viel Handarbeit nötig ist, nicht brotlos machen und wartet daher mit der weiteren Ausgestaltung, bis sie eine Fehdung des Umfanges recht fertigen wird. Schon diese Ueberlegungen, welche die Fabrikleitung anstellt, zeigen deutlich den Unterschied zwischen einer privaten und einer genossenschaftlichen Betriebsführung: während jene rücksichtslos und unbedürnert um das Schicksal der Arbeiter ihre Rationalisierungsmaßnahmen durchführt, geht die Genossenschaft sozial vor und nichtbraucht nicht den technischen Fortschritt auf Kosten der Beschäftigten. Sie kann es sich freilich auch erlauben, da sie mit den

„Luma“-Lampe in der Regel länger ist als jene der in der Privatindustrie erzeugten Lampen. In der kurzen Dauer ihres Bestandes hat denn auch die Genossenschaftsfabrik bereits über 5 Millionen Lampen erzeugt und verkauft. Die Arbeitsbedingungen sind besser als in der Privatindustrie; im Winter werden 48 Stunden gearbeitet, im Sommer aber nur 40 Stunden. Die Durchschnittsverdienste der im Afford beschäftigten Arbeiterinnen betragen 50 bis 55 schw. Kronen pro Woche, sind also vielfach höher als die Durchschnittsverdienste qualifizierter Arbeiter in den europäischen Industriefabriken. Da Schweden keine obligatorische Krankenversicherung besitzt, zahlt die Genossenschaftsfabrik ihren Arbeitern im Krankheitsfalle während dreier Monate den halben Lohn und auch sonst bestehen zahlreiche Begünstigungen, wie man sie bei privaten Firmen nicht findet.

Die schwedischen Genossenschaftler möchten ihre Erzeugnisse gerne auch ins Ausland exportieren, doch stehen dem die gegenwärtigen Einfuhrbeschränkungen und Zölle im Wege entgegen. Sie suchen daher einen anderen Weg, wie sie ihre Erfahrungen auch den übrigen Genossenschaftlern Europas zur Verfügung stellen könnten und es sind bereits Verhandlungen mit verschiedenen Genossenschaftszentralen angedahnt worden, um die genossenschaftliche Glühlampenherzeugung auch in anderen Ländern in Gang zu bringen. Die schwedischen Genossen wollen die ganze Technik ihrer Prüfstände sowie auch der Arbeitsstrecken zur Verfügung stellen und es ist im Interesse der unter der Kartellwirtschaft leidenden und von ihr ausgebeuteten Konsumenten zu wünschen, daß diese Verhandlungen so bald wie möglich zu einem positiven Ergebnis führen.

